



*Nikita Petrov*, Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR von 1945-1954. Biografisches Nachschlagewerk, Berlin 2010 (Metropol Verlag), 774 S.

Die DDR war ein sowjetisch besetztes Land. Die äußere und innere Sicherheit der DDR garantierten maßgeblich sowjetische Besatzungstruppen. Ihr Status war, so stellte das SED-Politbüro im Jahre 1988 fest, „nicht klar definiert“. Es waren nach den bestehenden Abkommen „in der DDR verbliebene ehemalige Besatzungstruppen ohne Besatzungsfunktion“. Hervorgegangen aus Großverbänden der 1. und 2. Belorussischen Front sowie der 16. Luftarmee, die 1944/45 entscheidend an der Befreiung Deutschlands mitgewirkt hatten, entstand die „Gruppe Sowjetischer Streitkräfte in Deutschland“ (GSSD). Doch der Ruhm war rasch verblasst und überschattet durch Internierungs- bzw. Konzentrationslager, in denen mehr oder weniger willkürlich 160 000 bis 260 000 Deutsche als „aktive Faschisten“ oder Kriegsverbrecher interniert wurden, von denen etwa 70 000 umkamen. Stereotype Bestrafungen von rund 10 000 Personen zu 25 Jahren Zwangsarbeit oder die Deportation von etwa 40 000 Menschen in die Sowjetunion durch die Besatzungsmacht taten ihr Übriges. Zunächst hatten die sowjetischen Streitkräfte eine personelle Stärke von etwa 450 000, im Oktober 1990 trotz erheblicher Reduzierungen noch 363 690 Soldaten (sowie 200 000 zivile Angestellte und Angehörige) – ein Staat im SED-Staat. Sie waren auf fünf Armeen verteilt und unterstanden dem Oberkommandierenden, der seinen Sitz in Wünsdorf hatte.

Ogleich die Regierung der UdSSR die DDR im März 1954 für „souverän“ erklärt hatte, nunmehr von einem „zeitweiligen Aufenthalt“ sowjetischer Truppen im Land sprach, behielt sie sich nach dem Vertrag über die Truppenstationierung vom September 1955 im Falle einer Bedrohung das uneingeschränkte Recht vor, Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr zu treffen; der DDR wurde kein Mitspracherecht eingeräumt. Entsprechend den Vereinbarungen im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, drei Wochen vor der deutschen Einheit getroffen, zogen sich die „sowjetischen“ Streitkräfte bis zum 31. August 1994 aus der ehemaligen DDR zurück, in der sie auf einer Fläche von 240 000 Hektar, was vier Prozent des Staatsterritoriums entsprach, neben Mittelstreckenraketen über 4 000 Panzer, mehr als 8 000 Panzerfahrzeuge, jeweils 600 Flugzeuge und Hubschrauber und rund 680 000 Tonnen Munition deponiert hatten.

Man kennt die Namen und Biographien prominenter Sowjetfunktionäre in der DDR: die des Botschafters Petr A. Abrasimov, des Garnisonschefs Nikolai E. Berzarin, der Chefs der Sowjetischen Militäradministration – in Brandenburg Semen I. Bogdanov, in Thüringen Ivan V. Boldin oder in Mecklenburg Ivan I. Fedjuninskij. Doch jene, die in der alltäglichen Praxis auf den SED-Staat Ein-

fluss nahmen, insbesondere deren Repressions-, Geheimdienst-, Geheimpolizei- und Nachrichtendienstapparat, das Ministerium für Staatssicherheit, haben regelmäßig kein Gesicht; hatten – muss es nun heißen – kein Gesicht. Durch einen 774 Seiten starken Wälzer aus der Feder des russischen Historikers Nikita V. Petrov gibt es das nun: Ein Handbuch zu über 800 sowjetischen Geheimdienstmitarbeitern in Ostdeutschland für die Jahre 1945 bis 1954. Wir erfahren von ihrer Ausbildung, ihrer Berufstätigkeit im Apparat der sowjetischen Geheimpolizei (deren institutionelle Bezeichnung wiederholt Änderungen erfuhr), ihrem Einsatz in Ostdeutschland und auch nach Rückkehr in die Sowjetunion, ihren Diensträngen und Auszeichnungen. Soweit möglich, versucht Petrov, die Diensteinheiten exakt zu beschreiben. Wir wissen nun, dass Oberleutnant Aleksandr M. Gruchin von Dezember 1946 bis Juli 1952 Operativbevollmächtigter und stellvertretender Leiter der Kreisabteilung des Operativsektors des Ministerstvo Gosudarstvennoj Bezopasnosti (MGB) im Land Sachsen und anschließend bis Dezember 1952 im Bezirk Leipzig tätig war (S. 317). Oder Oberst Stepan V. Sincov, der vom 20. Juli 1954 bis zum 14. Januar 1956 Stellvertretender Leiter des 1. Sektors in der Abteilung 5 der Sicherheitsinspektion beim Hochkommissar der Sowjetunion in Deutschland war, anschließend bis zum 26. April 1957 in dieser Funktion im Apparat des Chefberaters des Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti pri Sovete Ministrov SSSR (KGB) beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR (S. 579).

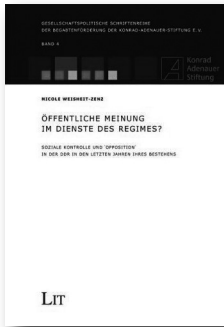
Angesichts dieser präzisen Angaben hat die Einführung Petrovs einen besonderen Stellenwert, werden doch hier die strukturellen Entwicklungen der verschiedenen Diensteinheiten nebst Funktionen und Leitern ausgebreitet. Wir erfahren, dass mit dem 4. Juli 1945 in Deutschland der Bevollmächtigte des Narodnyj komissariat vnutrennich del (NKVD), Ivan A. Serov, seine Arbeit in Potsdam-Babelsberg (Wilhelmstraße 29) aufnahm (S. 35), dem Stellvertreter zur Seite standen. Die wiederholt nachjustierten sowjetischen Geheimpolizeistrukturen werden jeweils nach Strukturveränderungen übersichtlich dargestellt. Gab es zunächst 1945/46 eine Zentrale Ermittlungsgruppe mit anfangs 20 Operativgruppen, verfügte der Apparat von 1946 bis 1949 über zahlreiche Abteilungen, wobei etwa die 1. Abteilung, für die Kontrolle der ostdeutschen Verwaltungsorgane zuständig, von Il'ja P. Galiguzov geleitet wurde. Oder das „Lindenhotel“ in Potsdam, zuletzt Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit: Es unterstand zunächst dem Operativsektor des NKVD/MGB, das selbst seinen Sitz in der Zeppelinstraße in Potsdam hatte und zuerst von Petr M. Fokin geleitet wurde (S. 76). Diesem Operativsektor war das Gefängnis in der Lindenstraße 53 und 16 zugeordnet, das selbst zunächst Vladimir D. Svitskij unterstand (S. 79). Das Handbuch berücksichtigt selbst kleinste Diensteinheiten wie die in Löcknitz, die von April 1949 bis zu ihrer Auflösung im April 1950 bestand (S. 95), oder die von Vasilij N. Sytov geleitete NKVD-Kreis-Operativgruppe in Löbau, die von Juli 1945 an bestand und im Dezember 1948 nach Zittau verlegt wurde (S. 107).

Freilich muss ein solches Handbuch Lücken aufweisen. Petrov vermochte trotz großer Anstrengungen – er wertete Auszeichnungslisten für Mitarbeiter der sowjetischen Geheimpolizei des Obersten Sowjets der UdSSR der Jahre 1935 bis 1960, im ehemaligen KGB-Archiv überlieferte Kaderbefehle der Jahre von 1918 bis 1971 und in vier weiteren Archiven aus – nicht alle Mitarbeiter, die er nachweisen konnte, biographisch darzustellen; mitunter hatte er nur Fragmente zur Hand, die er in dem Kapitel „Ergänzende Kurzbiographien“ (S. 711–761) verdienstvollerweise anführt. Leider wurde versäumt, ein Personenregister zu erstellen, das zügig Verbindungen zwischen den Struktureinheiten im ersten Kapitel, den biographischen Angaben und den ergänzenden Kurzbiographien im zweiten Kapitel herstellt. Dem von Vera Ammer übersetzten Handbuch wäre zu wünschen, dass es um die in deutschen Archiven überlieferten Angaben ergänzt wird. Denn verdienstvolle sowjetische „Berater“, wie sie zuletzt hießen, wurden aus Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit großzügig mit Auszeichnungen bedacht, was sich gleichfalls in entsprechenden Kaderbefehlen abbildet. Mehr noch wäre dem Handbuch eine Ergänzung mit deutscher Literatur zu wünschen. Denn dann würde manche Unschärfe ausgeräumt, wie etwa bei Andrej G. Graur, der vom 14. Juli 1951 dem Vorläufer des Auslandsnachrichtendienstes Hauptverwaltung A vorstand, seinerzeit Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung genannt.

Mit diesem Handbuch erhält die sowjetische Geheimpolizei in Ostdeutschland für das erste Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gesicht, das noch Generationen von Forschern nützlich sein wird, und es bietet den wenigen noch lebenden Opfern einen Namen und ein Bild von ihren Peinigern. Nikita V. Petrov hat mit diesem Handbuch zusammen mit seinen übersetzten Arbeiten wie der über Stalins einstigen Geheimdienstchef, den loyalen Scharfrichter Nikolai I. Ežov,<sup>1</sup> und dem gemeinsam mit Jan Foitzik herausgegebenen Dokumentenband zu den sowjetischen Geheimdiensten in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR<sup>2</sup> einen weißen Fleck in der Forschung überzeugend ausgefüllt.

*Helmut Müller-Enbergs, Syddansk Universitet, Campusvej 55, DK-5230 Odense (Dänemark).*

- 
- 1 Marc Jansen/Nikita Petrov, *Stalin's Loyal Executioner: People's Commissar Nikolai Ezhov, 1895–1940*, Stanford 2002.
  - 2 Jan Foitzik/Nikita Petrov (Hg.), *Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953*, Berlin 2009.



*Nicole Weisheit-Zenz*, *Öffentliche Meinung im Dienste des Regimes? Soziale Kontrolle und ‚Opposition‘ in der DDR in den letzten Jahren ihres Bestehens*, Berlin 2010 (LIT Verlag), 530 S.

Mit ihrer Studie „Öffentliche Meinung im Dienste des Regimes?“ verbindet Nicole Weisheit-Zenz die Absicht, an Forschungen zur Alltagsgeschichte der DDR anzuknüpfen, die zeigen, wodurch das SED-Regime auf die Menschen Einfluss nahm und wie die Bürger ihrerseits den Machhabern Grenzen setzten (S. 37). Vor dem Hintergrund ihrer zentralen Fragestellung, die sich bereits im Titel abbildet, untersucht sie, wie das DDR-Regime in den letzten fünf Jahren seines Bestehens Mechanismen sozialer Kontrolle ausnutzte. Im Mittelpunkt der Studie stehen deshalb „die vielfältigen Facetten des gesellschaftlichen Konformitätsdruckes auf der Mikroebene der alltäglichen Interaktion“, wobei insbesondere geklärt wird, „wie der Druck der öffentlichen Meinung von der Staatsführung als Herrschaftsinstrument genutzt wurde – und wie sich diese Kraft umgekehrt gegenüber den Machhabern entwickelte“ (S. 16).

Einem kurzen Abriss der Geschichte der DDR von 1985 bis 1990 folgen im ersten Kapitel die notwendigen Erläuterungen zum Verständnis der Autorin von öffentlicher Meinung und sozialer Kontrolle. Im zweiten, dem interessantesten Kapitel, geht es um „öffentliche Meinung als Stütze des Regimes“ in Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in denen es gelingen konnte, die soziale Kontrolle der Menschen untereinander in den Dienst der Machthaber zu stellen (S. 33). Durch „die Kontrolle im Kopf“ und untereinander habe man Kritik und Protest bereits im Vorfeld verhindern, der Missbilligung aussetzen und letztendlich zum Verstummen bringen können. Die Autorin beschreibt an dieser Stelle ausführlich das Spektrum der hierfür instrumentalisierten Mittel, welche von Medienlenkung über Agitation und Propaganda bis hin zu „Zersetzungsmaßnahmen“ des MfS und anderen Repressionen reichten.

Im zweiten Abschnitt des Kapitels werden „Sozialisation und Konformität in zentralen Lebensbereichen“ wie Familie, Kindergarten, Schule und Berufsalltag detailliert dargestellt. Im Sinne der staatlichen Ideologie hätten sich z. B. die Betriebe als „Sozialisations- und Kontrollinstanz, als Fürsorgeeinrichtung, Kommunikationsraum und Solidargemeinschaft“ verstanden. Durch die Kollektive sei jedoch nicht nur der Zusammenhalt, sondern auch soziale Kontrolle innerhalb und außerhalb der Betriebe gesichert worden (S. 99). Außerdem geht Weisheit-Zenz in diesem Kapitel näher auf den Freizeitbereich ein. Mit Sicherheit ist der Autorin zuzustimmen, dass gerade die staatlich organisierten Freizeitangebote sozialer Kontrolle unterlagen. Allerdings müssen Bedenken angemeldet werden, wenn sich die Verfasserin darauf beschränkt, die Möglichkeiten nicht-staatlich organisierter Freizeitgestaltung, z. B. im Familien- und Freundeskreis, nur mit einem Satz am Abschnittsende zu erwähnen. Haben sich den DDR-Bür-

gern doch durchaus Möglichkeiten der individuellen Freizeitgestaltung geboten, die viele – trotz auch hier vorhandener staatlicher und sozialer Kontrolle – mehr oder weniger ausgiebig nutzten. Abgesehen davon gelingt es der Autorin anhand von anschaulichen Beispielen in den jeweiligen Lebensbereichen zu verdeutlichen, dass etliche Menschen in der DDR deshalb bei „offiziellen Dingen“ mitmachten, weil es die meisten anderen offenbar auch getan haben. Habe man sich nicht an die von oben vorgegebene (scheinbare) Normalität gehalten, sei man Gefahr gelaufen, stigmatisiert zu werden (S. 96 f.).

Außerdem befasst sich die Autorin in diesem Kapitel mit dem MfS als „institutionalisierte soziale Kontrolle“. Erwartungsgemäß gelangt sie hier zu der Erkenntnis, dass die DDR-Staatssicherheit Mechanismen der öffentlichen Meinung massiv ausgenutzt habe, und schlussfolgert in Hinblick auf soziale Kontrolle: „Im Auftrag des Regimes einmal bewusst in Gang gesetzt, verselbständigte sich die gegenseitige Beobachtung und Ausgrenzung, auch bedingt durch soziale Kontrolle untereinander“ (S. 146). Auf den folgenden Seiten geht es schließlich um „Andersdenkende als gefürchtete Außenseiter“, d. h. um vom SED-Regime als „Verräter“, „Dissidenten“ und „feindliche Zusammenschlüsse“ bezeichnete Personen oder Personengruppen. Weisheit-Zenz beschreibt z. B. die Diskreditierung von Ausreiseantragstellern und Dissidenten, die „durch soziale Ächtung [...] oftmals zu Fremdlingen im eigenen Land“ geworden seien (S. 151). Außerdem stellt die Verfasserin fest, dass auch bei der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Angehörigen so genannter Subkulturen, die ihre Individualität ausgelebt hätten, das Regime mit dem Verständnis und der Unterstützung vieler „Normalbürger“ habe rechnen können (S. 157 f.). Indem diese Menschen nur noch gemieden und als abschreckendes Beispiel benutzt worden seien, habe ihr Außenseitertum letztlich „eine systemstabilisierende Wirkung wider Willen“ erzeugt (S. 159).

In ihrem Fazit am Kapitelende gelangt die Autorin schließlich zu der Erkenntnis, dass das Alltagsleben in den 1980er Jahren und vorher auf vielfältige Weise von „Wirkungskanälen sozialer Kontrolle“ durchzogen gewesen sei. Schon die Furcht vor dem Gerede der Leute, vor Sanktionen und Ausgrenzung habe die meisten Bürger dazu veranlasst, sich an die geltenden Normen und ungeschriebenen Gesetze des Regimes zu halten (S. 169 f.). Während die Autorin in dem Kapitel selbst durchaus differenzierend analysiert, mutet das generelle Urteil über das Verhalten der DDR-Bürger im Zwischenfazit jedoch eher pauschalisierend an.

Im dritten Kapitel stellt die Verfasserin richtig fest, dass sich viele Bürger nicht offen oppositionell verhielten. Dennoch seien Zustimmung und Pro-forma-Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre häufig nur noch Lippenbekenntnisse, konformes Verhalten oft nur ritualisiert, ohne innere Anteilnahme und Überzeugung gewesen. Außerdem beschreibt sie die damit einhergehende rasante Zunahme von Passivität, lähmender Gleichgültigkeit und sinkender Leistungsmotivation. So sei von vielen unbewusst dazu bei-

getragen worden, dass sich „ein Nebel der Lethargie über dem DDR-Alltag ausbreiten“ und in „dieser Stimmung der Dumpfheit und Resignation die instrumentierte soziale Kontrolle ihren Biss verlieren“ konnte (S. 182 f.).

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen die Ursachen für den Niedergang der SED-Regierung und ihrer Erfüllungsgehilfen und deshalb vor allem die Ausdrucksformen des Protests. Weisheit-Zenz beschreibt u. a. die Formen der 1989 stetig zunehmenden Verweigerung. Dazu zählt sie auch Fälle von Befehlsverweigerung in der Armee. Seien doch einige junge Soldaten Ende 1989 nicht mehr bereit gewesen, das Gelöbnis abzulegen. Den Hauptgrund für den von ihr in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnten zehntausendfachen Parteiaustritt Ende 1989 sieht Weisheit-Zenz darin, dass viele „nicht mehr mit den Genossen in einen Topf geworfen werden wollten“ (S. 190). Vor allem dieser Abschnitt macht die generelle Schwäche der Studie deutlich: Sie wird der Dynamik der Entwicklung im Jahr 1989 und der rasanten Veränderungen nicht durchgängig gerecht. So fanden Befehlsverweigerungen und Parteiaustritte zum Ende des Jahres hin unter mittlerweile anderen gesellschaftlichen Bedingungen, d. h. während einer Revolution, und damit aus teilweise anderen Gründen statt als noch zu Beginn des Jahres. Das Manko der Studie besteht in der gewählten Strukturierung. Die Ereignisse ab dem Frühjahr 1989 hätten eigentlich eines eigenständigen Kapitels bedurft.

Dieser Mangel setzt sich in den folgenden Abschnitten fort, in denen die Autorin näher auf alle sich verändernden oder sich verstärkenden nonverbalen und verbalen Ausdrucksformen von Protest eingeht. Zu ersteren zählt sie den Einsatz von Mimik, Gestik und Körpersprache. Sie weist u. a. darauf hin, dass zusammengekniffene Augen, schmal gepresste Lippen, nach unten gezogene Mundwinkel, hängende Schultern, welche die Kultur des ständigen Misstrauens und der Unsicherheit in Diktaturen hervorrufe, 1989 „freieren Blicken“ und einem „aufrechten Gang“ gewichen seien. Des Weiteren beschreibt sie den Protest durch verändertes Aussehen und Kleidung, das Bekennen durch Symbole wie Aufnäher und selbstgemachte Ansteckplaketten. Zu den verbalen Ausdrucksmitteln zählt sie u. a. Meckern, Lästern, Belächeln, die Verbreitung politischer Witze, aber auch Gebete und Fürbitten. Hinzu kam schriftlicher Protest wie das vermehrte Schreiben von so genannten Eingaben, das Verfassen von Protestbriefen, die Beteiligung an Unterschriftensammlungen, die Verbreitung von Handzetteln und Flugblättern. Nach der Aufzählung von künstlerischen Ausdrucksformen des Protests kommt sie schließlich auf die öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Demonstrationen des Jahres 1989 zu sprechen. In ihrem Kapitelfazit hält die Autorin fest, dass die soziale Kontrolle im Dienste des Regimes Ende der 1980er Jahre keineswegs verschwunden gewesen sei, sondern immer noch einen starken Konformitätsdruck auf viele Bürger ausgeübt habe. Viele hätten sich dennoch auf den Weg vom Angepasstsein zum offenen Protest begeben (S. 367).

Im vierten Kapitel schildert Weisheit-Zenz letztendlich die rasanten Veränderungen in den Jahren 1989/90, als sich die öffentliche Meinung schließlich zur Bedrohung des Regimes gewandelt habe: „Während Hunderttausende ihre Meinung offen äußerten, sahen sich viele Mitglieder der SED massiven sozialen Sanktionen ausgesetzt“ (S. 440). Sie beschreibt, wie SED-Mitglieder, aber auch Polizisten, Soldaten und Kampfgruppenmitglieder „Isolationsdrohungen“ zu spüren bekamen, die einstigen „Jäger“ des MfS zu „Gejagten“ wurden. Ende des Jahres 1989 habe die SED-Führung schließlich vor der Stärke der öffentlichen Meinung kapitulieren müssen (S. 442). Darüber hinaus geht sie auf die Bildung der Runden Tische im ganzen Land ein und charakterisiert sie als übergangsweise eingesetzte Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung und damit als Spezialform der sozialen Kontrolle (S. 443). Abschließend macht sie darauf aufmerksam, dass das SED-Regime durch das friedliche Aufbegehren der Bürger und damit auch durch die „Kraft der öffentlichen Meinung“ gestürzt worden sei. Hier hätten Mechanismen sozialer Kontrolle gewirkt, welche die SED-Führung vorher für ihre eigenen Zwecke ausgenutzt habe (S. 444).

Das SED-Regime habe – resümiert die Autorin – mit der in seinen Dienst gestellten öffentlichen Meinung versucht, die Bevölkerung mit großem Aufwand zu beeinflussen und in die gewünschten Bahnen zu lenken – „wobei die soziale Kontrolle untereinander ausgenutzt wurde, um den Herrschaftsaufwand ‚von oben‘ zu reduzieren“. Soziale und staatliche Kontrolle seien schließlich nicht mehr klar voneinander zu trennen gewesen. Menschen hätten – ob sie es wollten oder nicht – als „Vollstrecker der öffentlichen Meinung“ fungiert. Doch obwohl etliche Bürger zumindest nach außen hin mit dem System konform gegangen seien, habe vieles auf einer Schein-Stabilität beruht. Das System habe unterschätzt, wie viele ganz normale Bürger in den 1980er Jahren innerlich nicht mehr auf der Seite der Machthaber gestanden hätten. 1989 sei es ihm schließlich nicht länger gelungen, die immer lauter werdenden Forderungen nach Veränderungen, Freiheit und Reformen zu unterdrücken (S. 445 f.).

Dass Weisheit-Zenz – wie von ihr ausdrücklich erklärt – eine neue Perspektive wählt, indem sie das Alltagsleben der Menschen in den Mittelpunkt rückt (S. 448), trifft nicht zu. Das haben andere Autoren bereits vor ihr getan. Und sie führt diese Behauptung selbst ad absurdum, indem sie sich – die neueste Literatur allerdings weitgehend ignorierend – auf eine Reihe von ihnen beruft. Jedoch folgt sie ihrer eingangs formulierten Absicht, an Forschungen zur Alltagsgeschichte anzuknüpfen, und geht sogar noch einen Schritt weiter, indem sie Herrschafts- und Alltagsgeschichte plausibel miteinander verbindet. Nur durch diese Kombination werden sowohl die Versuche der SED-Diktatur, die Gesellschaft zu durchherrschen, als auch die von Teilen der Bevölkerung gesetzten Grenzen dieses Anspruchs deutlich. Damit stützt die Studie überzeugend bereits hinlänglich bekannte Erkenntnisse von Untersuchungen zur DDR-Geschichte. Es handelt sich zudem um eine flüssig geschriebene, interessante Arbeit, auch wenn

man sich bei der Lektüre des Eindrucks, (fast) alles schon einmal in anderen Kontexten gelesen zu haben, nicht erwehren kann.

*Francesca Weil, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.*



*Jost Hermand, Kultur in finsternen Zeiten. Nazifaschismus, Innere Emigration, Exil, Köln 2010 (Böhlau-Verlag), 338 S.*

Kunst und Kultur im nationalsozialistischen Deutschland sind ein Thema, das offenkundig bis zum heutigen Tag in den Augen vieler Autoren eine eindeutige, ja plakative Stellungnahme geradezu einfordert. Dies zeigt schon die grobe Durchsicht von Buchtiteln zum Thema, die sich im umfangreichen Literaturverzeichnis von Jost Hermands hier zu besprechender Studie zuhauf finden lassen und die mittels einer auffälligen Häufung negativer Symbolwörter den Anklagegestus des vielapostrophierten „Ungeists“, respektive der beklagenswerten „Geistverlassenheit“ und des moralischen Verdikts demonstrativ zur Schau tragen. Schon das Thema im Allgemeinen produzierte und produziert weiterhin Titel wie „Faszination der Gewalt“, „Zerstörung des Geistes“, „Schöner Schein“, „Art as Politics“ etc. Noch mehr begegnet uns die metaphorische Inflation negativer Beschwörungsbegriffe bei Detailuntersuchungen zu einzelnen kulturellen Feldern. Als Beispiele seien genannt: „Zwischen Zucht und Askese“, „Pyramiden des Dritten Reiches“, „Illusionen in Stein“ (zur NS-Architektur); „Dekoration der Gewalt“, „Inszenierung der Macht“, „Die Propagandamaschinerie“ (zu Malerei und Skulptur); „Die mißbrauchte Muse“, „Die dunkle Last“ (NS-Musik); „Dekadenz und Heroismus“, „Dichtung in finsternen Zeiten“, „Banalität mit Stil“ (Literatur) oder „Film und Herrschaft“, „Politik der Täuschungen“, „Pathos und Politik“, „Mediale Mobilmachung“ und zu guter Letzt: „Ein Volk, ein Reich, ein Kino“ (Funk, Film, Presse). Ganz ähnlich verhält es sich mit jener kulturellen „Gegenwelt“ der inneren und äußeren Emigration, wo analoge Gegenbenennungen gemäß dem Motto „Geist wider Ungeist“ dominieren, wie: „Verboten und verdammt“, „Von Grund auf anderes“, „Exodus der Kultur“, „Die humanistische Front“, „Zwischenreiche und Gegenwelten“, „Wider Willen im Paradies“, „Fluchtpunkt Hollywood“ etc. etc. Vor nunmehr gut vier Jahrzehnten hat Wolfgang Fritz Haug in seinem ganz vom damaligen 68er-Geist geprägten Büchlein „Der hilflose Antifaschismus“ jene so weit verbreiteten verbalen Rituale, die den „Faschismus“ mit den spiegelbildlich gewendeten Begriffen seines eigenen sprachlichen Repertoires „bewältigen“ wollten, als „hilflose Phrasen [...] teils der gehobenen Leichenrede, [...] teils manichäischer Mythologie“ karikiert und insgesamt als „Syndrom der konservativen Hilflosig-



keit“ gegenüber dem Phänomen des Nationalsozialismus gedeutet („die Phrasen sind die 131er der Sprache“).<sup>1</sup>

Umso angenehmer wirkt es, dass gerade eine Studie, die der Gegenüberstellung von NS-offizieller Kunst und derjenigen der Emigration gewidmet ist, sich weitgehend der beschriebenen sprachgeregelten Kontrast-Rituale enthält, obgleich der (scheinbar?) plakative Titel „Kultur in finsternen Zeiten“, der auf den ersten Blick nicht so recht zum Text des Buches passen will, eher das Gegenteil vermuten ließe. Knapp zwei Drittel seines Buches widmet Hermand der offiziellen Kultur im „Nazifaschismus“, ca. ein Zehntel des Textes thematisiert die „Innere Emigration“, das restliche knappe Drittel gilt der Kunst und Kultur in der Emigration. Wenn Hermand im ersten Teil auf die Vertreter einer dezidiert ideologisch ausgerichteten NS-Kultur eingeht, weiß er doch sehr zu Recht die Gewichte zu beachten. Jene im Kreis um Alfred Rosenbergs „Kampfbund für deutsche Kultur“ konzentrierten Wortführer eines bigotten völkischen Purismus gerieten, ähnlich wie es den reinen Ideologen auch auf anderen Gebieten nationalsozialistischer Politik erging, schnell ins Abseits. Das Feld beherrschten bald schon die Vertreter eines an Massenwirkung und Erfolg orientierten Pragmatismus als deren Zentralfigur, im modernen Jargon gesprochen, *der* Kultur- und Medienzar des Dritten Reiches schlechthin, Dr. Joseph Goebbels, gelten kann. Seiner Kulturpolitik, ausgerichtet an den Maximen „vielen vieles, heißt jedem etwas“ und „nicht von früh bis spät Gesinnung machen“, attestiert Hermand von der systemstabilisierenden Wirkung her gesehen, einen durchschlagenden Erfolg. Natürlich bedingte eine breite Streuung des kulturellen Angebots entsprechend den schichtenspezifischen Geschmackspräferenzen einer sozial differenzierten Bevölkerung besonders für völkische Ideologen unakzeptable Kompromisse zugunsten eines „begrenzten Pluralismus, der sich nicht auf eine klare ideologische Linie festlegen ließ“ (S. 61). In seinem Rahmen waren die hochkulturellen Bedürfnisse der traditionellen deutschen Bildungsschicht genauso zu bedienen wie die von anderen Bildungsvoraussetzungen geprägten Bedürfnisse der Konsumenten von Massenkultur. Einigkeit in den Inhalten herrschte letztlich nur im Negativen, d. h. darin, was in der deutschen Kultur auf Dauer keinen Platz mehr haben sollte. Zugunsten der hochkulturellen Ansprüche demonstrierte das Regime eine traditionsverhaftete repräsentative Pflege des klassischen Erbes und bestärkte dadurch die von avantgardistischen Kulturexperimenten der Weimarer Jahre eher verschreckte traditionelle deutsche Bildungselite wieder in ihrer altangestammten Geschmacks- und Meinungsführerschaft. Auf dem zweiten Feld spricht der Autor ganz bewusst von den „amerikanisierten“ Komponenten innerhalb der NS-Massenkultur, die zumindest für die Zeit bis 1941 bezeichnenderweise – besonders auf dem Buch- und Filmmarkt – auf eine Vielzahl US-amerikanischer Importe zurückgriff (S. 162 f.).

1 Wolfgang Fritz Haug, *Der hilflose Antifaschismus*, 3. Auflage Frankfurt a. M. 1970, S. 37, 17 f.

Ideologische Verschwommenheit und weltanschauliche Diskrepanzen, die man in dieser scheinbaren Heterogenität des nationalsozialistischen Kulturangebots hat sehen wollen, erscheinen Hermand nicht gegeben. So lautet sein für manchen heute irritierend klingendes Urteil über die „schichtenspezifischen Erfolge“ der NS-Kulturpolitik: „Ihre Ideologieansätze waren gar nicht inkohärent oder gar stümperhaft, sondern durchaus der gegebenen Situation angepasst [...] Was sich daher nach 1933 in Deutschland abspielte, war eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen, die es nicht nur pauschalisierend zu verwerfen, sondern auch analysierend zu verstehen gilt“ (S. 155). Nicht Einförmigkeit, sondern gerade die so geschickt bildungs- und schichtenspezifisch zugeschnittene Heterogenität, die auf dem Sektor des Massenkonsums die verbreitete Technikbegeisterung und selbst den Modernismus im Sinne von früheren Tendenzen der „Neuen Sachlichkeit“ pflegte, wirkte ungemein integrativ im Sinne der Volksgemeinschaftsideologie. „Demzufolge hatten viele, wenn nicht die meisten Menschen innerhalb dieses Staates nicht das Gefühl, in einem ideologisch überspannten Gewaltregime, sondern in einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Kultur- und Konsumgesellschaft zu leben“ (S. 173 f.). Waren unter solchen Bedingungen nicht nur Populäres wie auf dem Gebiet der Unterhaltungsmusik oder des Films möglich, sondern auch hochkulturelle Leistungen von bleibendem Wert und internationaler Reputation? Dies ist eine für viele Betrachter heute noch heikle Frage, der Hermand nicht ausweicht. Will man nicht gänzlich ins rituelle Pauschalverdikt verfallen, so fällt schon für die Bereiche Architektur (in Anlehnung an ältere Werkbund-Traditionen „z. T. durchaus akzeptable Einzelleistungen“, S. 71), Literatur und Theater („trügerische Glanzzeit des deutschen Theaters“, S. 135) das Urteil nicht ganz leicht – auch die bekanntesten Romane eines Hans Fallada erschienen schließlich in jener Zeit. Umso mehr gilt das für ein künstlerisches Medium wie die Musik. Zwar verweist Hermand zurecht darauf, dass gemessen an den insgesamt 175 Uraufführungen neu entstandener deutscher Opern im Jahrzehnt nach 1933 die Ausbeute an Hochwertigem durchaus bescheiden war; doch blieben auch hier künstlerische Leistungen übrig, die ihre Zeit überdauerten und heute zum weltweiten musikkünstlerischen Repertoire zählen. Karl Orffs berühmtes „Schulwerk“, seine Oratorien *Carmina Burana* und *Carmina Catulli*, Richard Strauss' Opern *Arabella*, *Friedenstag* und *Capriccio*, Werner Egks Kompositionen *Peer Gynt* und *Columbus*, ja selbst Paul Hindemiths Epos *Mathis der Maler* sind Werke, die im nationalsozialistischen Deutschland entstanden sind oder ihre Uraufführung erlebten. Dass Hermand anhand dieser oder ähnlicher Beispiele die Frage anschnidet, ob solche Werke angesichts der überwiegend positiven Kritik im Sinne des Nationalsozialismus als „systemintegriert“ gelten können oder nicht (S. 105), mag die Unzulässigkeit allzu schablonenhafter Urteile in Sachen Kunst im Dritten Reich andeuten.

„Systemintegriert“, mit oder ohne Fragezeichen, ist auch das Stichwort für den sich über gerade einmal 30 Seiten erstreckenden Teil über die „Innere Emigration“. Es versteht sich aus dem spezifischen Charakter des jeweiligen Medi-

ums, dass Bereiche dezidierter Öffentlichkeit wie Architektur, Oper, Bühne und Film dafür von vornherein ausschieden. Als Rückzugsgebiete blieben letztlich nur die Bereiche von Literatur, Malerei, Graphik und Bildhauerei übrig, bei denen die Aneignung durch das „Publikum“ naturgemäß ganz individuell, ja gewissermaßen privat erfolgt. Dominierte im literarischen Bereich bei der Manifestation von „Gegenwelten“ die Kunst der Verfremdung aktueller Bezüge mittels historisierender oder ästhetisierender Camouflage, gelang das Finden von Nischen, die auch ein materielles Auskommen durch künstlerische Produktion sicherten, am leichtesten den Malern und Skulpteuren. Ein von staatsoffiziellen Verfehmungen und Ausstellungsverböten nicht tangierter Kreis vermögender Kunstliebhaber und Privatsammler ermöglichte manchem Künstler, freilich eher solchen mit ‚Namen‘, „frei im Innenraum ihrer Kunst“ und in einer durchaus komfortablen materiellen Existenz zu leben, wie die Beispiele des amtlich verfehmten Impressionisten Karl Hofer oder des einst so linksorientierten Veristen der Weimarer Jahre, Otto Dix, zeigen (S. 194 f.). Dass auch dies gewisse Anpassungsleistungen der Betreffenden, nicht an die staatsoffizielle Kunst, wohl aber an den eher konservativen Geschmack ihre exklusiven „bildungsbürgerlichen Gönner und Sammler“ (S. 194) einforderte, versteht sich. Immerhin bekam auf diesem Wege in der Zeit des Dritten Reiches entstandene Kunst eine Chance, im Land selbst zu „überwintern“ und nach 1945 öffentlich zur Kenntnis zu gelangen.

Zur Erfolgsgeschichte der von Goebbels gesteuerten NS-Kultur in Deutschland, so könnte man Hermands Urteil zuspitzen, kontrastiert geradezu das Scheitern, soll heißen die weitgehende Erfolg- und Wirkungslosigkeit des deutschsprachigen Exils auf kulturellem Gebiet nach 1933. Am nachhaltigsten und wirkungsmächtigsten erscheinen noch die pejorativen Begriffsprägungen zur Kennzeichnung des nationalsozialistischen Deutschland und seines offiziellen Kulturbetriebs als „rohestem Untermenschentum“ (Walter Berendsohn), „Pestgegend“ (Ludwig Marcuse), „viehischer Hitlerbarbarei“ (Oskar Maria Graf) oder „Hölle“, „degoutantem Schwindel“ und „schauerlicher Heimkehr in Nacht und Tod“ (Klaus Mann). Hermand charakterisiert sie als sprachliche Produkte „im Gefolge geistesgeschichtlicher oder dämonologischer Denkweisen, meist im Bereich des Unpolitisch-Metaphorischen, das heißt Krankhaften, Wahnsinnigen oder Teuflischen befangen“ (S. 215). Gleichwohl stellten solche deklamatorischen Negationen gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner innerhalb der ansonsten so sehr zersplitterten deutschen Emigration dar, die ihr „Deutschsein allein überhaupt nicht verband“ (S. 222). Die außerordentliche Heterogenität des deutschen Exils sowohl im Kunstverständnis wie in den politischen Standorten beschreibt Hermand nicht zuletzt anhand der so unterschiedlichen Zufluchtsorte des deutschen Exils zwischen Paris, London und Moskau, Prag, Amsterdam, Zürich ebenso wie Palästina, Mexiko und schließlich den USA angesichts der dort jeweils herrschenden Bedingungen. Man blieb „auf sich selbst zurückgeworfen“ (S. 259) und „nach innen gerichtet“ (S. 252) im

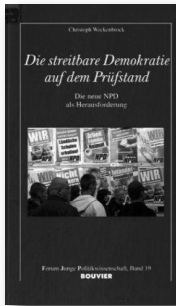
Wesentlichen unter sich, produzierte für die eigene Exilgemeinde am jeweiligen Ort und erreichte bestenfalls eine ganz bescheidene Wirkung darüber hinaus. Selbst in den Vereinigten Staaten mit ihrem doch so starken deutschen Einwandererelement vermochte die Emigration mit ihren Botschaften nicht wesentlich über ihr eigenes zumeist „hochkulturelles“ Getto hinaus in die Gesellschaft des Gastlandes zu wirken und deren Rezeptionsbereitschaft zu wecken. „Sogar ehemals in Deutschland hochberühmte Autoren wie Heinrich Mann und Alfred Döblin führten“, wie der Autor bemerkt, „in Los Angeles eine kaum beachtete Randexistenz“ (S. 242). Ähnlich erging es Arnold Schönberg („blieb in den USA ein nobody“), dem Exponenten jener „hartnäckigsten Modernisten“ (S. 291) der europäischen Musikszene, dem der nach gefälliger Gebrauchsmusik verlangende amerikanische Markt so gut wie ganz verschlossen blieb. In Grenzen reüssieren und damit für sich die „Misere des Exils“ überwinden konnten bestenfalls Musik-, Bühnen- und Filmleute, die mit ihren Produktionen den marktgängigen Verwertungsbedürfnissen der amerikanischen Freizeitindustrie zu genügen imstande waren. Im Kontrast dazu vermochte ein „elitärer Hochkulturverehrer wie Theodor W. Adorno“ (S. 242) – Hermand nennt ihn an anderer Stelle (S. 298) hämisch Schönbergs „sich verkannt dünkenden Adepten“ – den US-Kulturbetrieb und seinen „Kultus des Billigen“ nur als verachtenswerten Ausdruck einer kommerzialisierten Unkultur zu sehen. Auch an anderer Stelle sind Hermands Bemerkungen über Adorno und dessen deutsch-elitären Kulturbegriff, der ihn mit überzogenen Urteilen über sein Gastland ins „Außenseiterische oder Randständige, manchmal geradezu ins Absurde“ getrieben habe (S. 299 f.), von besonderer Bissigkeit. In diesem Kontext nimmt es kein Wunder, dass der Rückkehrwille am stärksten unter den linksorientierten Exilschriftstellern verbreitet war und das fast durchgängig als bedrückend empfundene Exil bestenfalls als eine Durchgangsstation zu einem anderen besseren Deutschland empfunden wurde, in dem es eine volkserzieherische Aufgabe wahrzunehmen galt (Stichwort: „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ im Zeichen des politischen Volksfront-Konzepts).

Am Ende aller noch so konträren kunst- und kulturpolitischen Diskurse: Was bleibt von den Leistungen des Exils auf den verschiedenen Gebieten des künstlerischen Schaffens, insbesondere dort, wo dieses eine richtungsweisende Botschaft enthält? Hermand sucht und findet die Antwort im Wesentlichen in dessen literarischer Produktion. Freilich weniger in jenen Werken des Exils, die wie etwa Thomas Manns Doktor Faustus sich in einem nach innen gerichteten Rückzug auf die Krise des bürgerlichen Kulturbewusstseins ergehen. Beispielhaft dagegen erscheint Anna Seghers Exilroman *Transit* von 1943. Wenngleich auch hier das eher auf Selbstbespiegelung angelegte Thema der „Misere des Exils“ anklingt, bietet der Roman doch in der Gestalt seines Protagonisten, eines eher zufällig mit der bürgerlichen Kultur in Berührung geratenden „lesenden Arbeiters“, eine allgemeine klassenübergreifende Handlungsperspektive. Natürlich stand hier im Hintergrund das antifaschistische Volksfront-Konzept der politi-

schen Linken Pate (wie viele Emigranten konnten in diesem Sinne als „antifaschistisch“ gelten?). Gleichwohl oder gerade deshalb zählt Anna Seghers Roman für Hermand „zu den Ruhmesblättern der deutschen Exilliteratur“, weil er „der ‚Barbarei‘ des Nazifaschismus nicht nur einen Rückzug auf die bürgerliche Klassik, sondern auch die vorwärtsweisende Funktion einer aus dem zeitgenössischen Erleben hervorgehenden Widerstandskunst entgegensetzen versuchte“ (S. 267). Wenig genug, aber mehr als das sei unter den gegebenen Umständen schlichtweg nicht zu erwarten gewesen.

Wie schon angedeutet, atmet Hermands Buch in Analyse und Diktion ganz den 68er-Geist im Sinne des eingangs zitierten Wolfgang Fritz Haug, dem gemäß der „Faschismus“ nicht geistesgeschichtlich-dämonologisch als fatale Abirrung von bürgerlichen Lebenswelten und ästhetischen Standards zu begreifen ist, sondern als ein reales ökonomisches und soziales Phänomen; ein Faktum, dem sich auch und gerade eine als „antifaschistisch“ geltende Kunst stellen müsse. Der ganz und gar politisch verstandene „Antifaschismus“-Begriff des Autors, verbunden mit einer Sprache, die Betroffenheitsmoralismen meidet und den kalten emotionslosen Blick auf die politische und soziale Funktion von Kunst anstatt auf ihr Wahrheitsethos oder ihren ästhetischen Eigenwert richtet, mag von heute aus gesehen zum Teil befremden. In einer Zeit, die wieder verstärkt die moralische Attitüde im analytischen Umgang mit dem Nationalsozialismus pflegt, erscheint Hermands von einer Krise der linken Faschismus-Kritik scheinbar unberührter Text fast wie ein Produkt aus der Ferne einer vergangenen Zeit, deren Denkmuster nicht wenige hierzulande für überholt, ja für überwunden halten. Mag vielleicht der distanzierte Blick aus dem amerikanischen Wisconsin mit ein Grund dafür sein, dass der Autor sich den eingespielten Reflexen der hiesigen Reizapparatur im Hinblick auf NS-Themen weitgehend entzieht. Sei's drum, man liest das Buch mit Gewinn, nicht nur, weil es im Rahmen einer Gesamtschau aller Felder des künstlerischen Schaffens viel interessante Detailinformation bietet – wobei sich der Verzicht auf Anmerkungsbelege leider als großer Nachteil erweist. Man sollte es auch lesen, weil innerhalb der Vielfalt der analytischen Zugänge zum Gegenstand auch dieser im Diskurs der heutigen Forschung hierzulande fast schon „unzeitgemäß“ wirkende seinen Erkenntniswert nicht verliert.

*Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.*



*Christoph Weckenbrock, Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand. Die neue NPD als Herausforderung, Bonn 2009 (Bouvier-Verlag), 217 S.*

Rechtsextremismus beunruhigt und erschüttert immer wieder die Bundesrepublik. Die Demokratie ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts kein Selbstläufer. So stieg 2008 bundesweit die registrierte Zahl rechtsextremer Straftaten auf rund 20 000. In Sachsen gelangte die gewaltnahe NPD im August 2009 erneut in den Landtag – trotz interner Dauerquerelen. In Thüringen hat sich die NPD bei der Landtagswahl im August 2009 prozentual mehr als verdoppelt, wenn auch unterhalb von 5 %. Seit 2006 agiert eine NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Bundestagswahl 2009 stabilisierte sich die NPD; erneut partizipiert sie an der staatlichen Parteienmitfinanzierung. Unterdessen dämmern REP und DVU zunehmend im politischen Wachkoma. Davon könnte die NPD profitieren, indem sie Wähler und Mitglieder gewönne. Kurz: Rechtsextremismus ist in Deutschland keine Massenbewegung. Dennoch gibt es keinen Grund zur Entwarnung.

Im Rechtsextremismus fungiert vor allem die NPD als Sammelbecken. Um die Partei zurückzudrängen, bleibt ein scharfes Instrument aus dem Arsenal der „streitbaren Demokratie“ wichtig: das Parteiverbot. Doch vor einem neuen Anlauf, die NPD zu verbieten, hält Christoph Weckenbrock es in seiner außergewöhnlichen Magisterarbeit für ratsam, wichtige Fragen zu beantworten: Welche neuen Möglichkeiten für den Staat ließen sich schaffen, die NPD unterhalb eines Parteiverbots stärker zurückzudrängen, zum Beispiel über eine Neugestaltung der staatlichen Parteienmitfinanzierung? Welche neuen und alten Mittel eignen sich tatsächlich, Parteien wie die NPD zu bekämpfen? Inwieweit ist die Bundesrepublik überhaupt noch auf vorverlagerten Demokratieschutz angewiesen? Inwieweit scheint es derzeit sinnvoll, einen neuen Anlauf zu einem NPD-Verbotsverfahren zu wagen?

Letztlich bleibt Weckenbrock nach seiner abwägenden Differenzierung skeptisch, ob es derzeit klug wäre, einen neuen Versuch zur Illegalisierung der NPD zu starten. Denn die Partei zerlege sich momentan eher selbst. Trotz kleinerer Wahlerfolge, die sie nach ihren Maßstäben zuletzt errungen habe: Die aktuelle Lage der Partei sei insgesamt fragil. Wenn es tatsächlich zur Selbstpulverisierung der NPD käme, wäre das eine elegante Lösung. Doch sollte sich die NPD stabilisieren, bliebe die Möglichkeit, ein sorgfältiger vorbereitetes NPD-Verbotsverfahren einzuleiten.

Um Parteiverbote überhaupt zu erleichtern, diskutieren ehemalige Bundesverfassungsrichter darüber, die rechtliche Basis zu schaffen, um künftig im zuständigen Senat des Bundesverfassungsgerichts ein Parteiverbot mit einfacher Mehrheit der acht Richter zu verhängen statt mit Zwei-Drittel-Mehrheit (sechs zu zwei) wie bislang, die zugleich eine Drei-Viertel-Majorität ist. Auch nach

einer solchen Reform bleibe das Instrument „Parteiverbot“ hinreichend gesichert gegen Missbrauch, unter anderem durch die Unabhängigkeit der Richter und des Gerichts, das über das Entscheidungsmonopol verfügt.

Mit normalen Mehrheitsentscheiden im Senat gäbe es die NPD möglicherweise heute nicht mehr. Zumindest plädierte die unterlegene Mehrheit im gescheiterten NPD-Verbotsverfahren 2003 dafür, das Verfahren fortzusetzen. Aber die Öffentlichkeit interessierte sich mehr für das ausschlaggebende Votum der Minderheit. Im deutlichen Widerspruch zur richterlichen Sperrminorität erklärte die Richtermehrheit, um ein Parteiverbotsverfahren wie 2003 zu beenden, genüge „nicht jede staatliche Einwirkung, es muss sich vielmehr um eine zielgerichtete und die Willensbildung der Partei dem Grunde nach verformende Einflussnahme (Steuerung, Lenkung) handeln. Eine staatliche Fremdsteuerung der Antragsgegnerin dieses Ausmaßes ist nicht ansatzweise erkennbar“.<sup>1</sup>

Doch auch mit normalen Mehrheitsentscheiden im zuständigen Senat bliebe vor allem ein Dilemma, das auch Weckenbrock beschreibt: Einerseits brauchen die Sicherheits-Behörden (hochrangig in ihrer Partei angesiedelte) V-Leute in der NPD-Spitze, um zu wissen, was die Partei genau treibt; wie wichtig V-Leute sein können, zeigt die Verhinderung eines Attentats auf die Grundsteinlegung des jüdischen Kulturzentrums in München 2003; ein V-Mann gab einen entscheidenden Hinweis aus dem Kreise derer, die das Verbrechen vorbereitet hatten; andererseits erschweren V-Leute in der NPD-Spitze bzw. ihre Äußerungen in Anträgen unter Umständen offenkundig ein Verbotsverfahren.

Gerade auch deshalb bleibt es besonders wichtig, die NPD politisch und gesellschaftlich zu bekämpfen. Dazu gehört Aufklärung über die lupenrein extremistische NPD, aber auch aktive demokratische Gegenwehr – das heißt auch: Unterstützung der demokratischen Parteien von außen oder besser noch von innen, damit es der NPD schwerer fällt, vor allem im Osten politische und gesellschaftliche Vakuen zu füllen. Doch bislang scheint die argumentative Auseinandersetzung mit der NPD – als ein Kernelement der streitbaren Demokratie – gerade in Ostdeutschland nach 60 Jahren Diktatur schwieriger zu sein als anderswo. Nicht zuletzt deshalb gilt es, das Instrument des Parteiverbotes zu schärfen bzw. scharf zu halten, um es notfalls zu gebrauchen – trotz aller Ambivalenzen, die es umfasst.

*Harald Bergsdorf, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf.*

---

1 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren vom 18. März 2003, S. 29.